

# «Bern sollte nicht mit der Hamas reden»



«Wir sind keine Kriegstreiber, aber wir können mit dem Iran nicht unendlich verhandeln», sagt der iranische Botschafter Yigal Caspi in Bern.

Bild Corinne Glanzmann

**ISRAEL** Yigal Caspi vertritt Israel in der Schweiz. Er sagt, was ihn an der Migros stört und weshalb die nächsten Knessetwahlen anders sein könnten als alle anderen zuvor.

INTERVIEW CHRISTOPH REICHMUTH  
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

*Yigal Caspi, kaufen Sie wieder in der Migros ein, nachdem die Migros angekündigt hat, per 2013 Produkte aus den von Israel besetzten Gebieten als solche zu deklarieren?*

**Yigal Caspi:** Ich habe meine Meinung nicht geändert: Ich halte die Massnahme der Migros für falsch. Ich muss mich nicht entscheiden, wo ich einkaufe. Zufälligerweise befindet sich fünf Minuten von meinem Haus entfernt ein Coop, aber wäre es eine Migros, würde ich dort einkaufen.

*Was ist so falsch an der Deklaration?*

**Caspi:** Eine Kennzeichnung wie «Westbank, israelisches Siedlungsgebiet» ist nicht hilfreich. Das bringt uns dem Ziel einer Einigung im Friedensprozess im Nahen Osten keinen Schritt näher. Einer der Wege, wie wir die Region befrieden können, ist es, die wirtschaftliche Situation der Leute zu verbessern. Was die Migros tut, ist kontraproduktiv. Denn mit der Kennzeichnung ruft sie indirekt zu

einem Boykott einzelner Produkte auf. Bedenken Sie, bei der Gewinnung dieser Produkte arbeiten viele Palästinenser mit. Wenn die Güter also nicht mehr gekauft werden, werden nicht zuletzt die palästinensischen Arbeiter geschwächt. Frieden erreichen wir nur, indem wir miteinander reden.

*Sie plädieren für Gespräche, monieren aber, dass Bern mit der Hamas spricht. Das ist ein Widerspruch.*

**Caspi:** Schauen Sie, was diese Woche passiert ist: Die Hamas haben alleine am Mittwoch 80 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert. Seit Anfang Jahr waren es über 700 Raketen, die etwa 1 Million Israeli täglich in Angst versetzen. 2005 verliess Israel den Gazastreifen, um den Palästinensern das Territorium zu überlassen. Was war die Folge? Gewalt. Mit diesen Leuten soll man nicht sprechen.

*Die Doktrin der Schweiz Aussenpolitik lautet anders: Man spricht mit allen in den Konflikt involvierten Parteien.*

**Caspi:** Wer mit diesen Leuten spricht, der signalisiert: Wir sind mit eurer Art der Politik und der Gewaltanwendung mehr oder weniger einverstanden. Der Hamas muss man aber anders begegnen: Solange ihr euch nicht an die internationalen Spielregeln hält, setzen wir uns mit euch nicht an den gleichen Tisch. Ich behaupte nicht, die Schweiz gutiere den Hamas-Terror. Ich sage bloss, die Schweiz liege hier falsch. Die Schweiz müsste die Hamas auf die Liste der Terror-Organisatio-

nen setzen und sollte nicht mit ihr reden. Es gibt drei Kriterien, die die Hamas erfüllen müssten, damit auch wir wieder mit ihnen verhandeln: Anerkennung des Existenzrechtes Israels, Stopp der Gewalt und Akzeptanz aller in der Vergangenheit erzielten Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern. Diese Kriterien hat die internationale Gemeinschaft aufgestellt, es sind elementare Bedingungen.

*Die Isolation führt dazu, dass es den Menschen in Gaza wirtschaftlich schlecht geht. Das spült die Menschen erst recht in die Hände der Radikalen.*

**Caspi:** Es gibt eine politische Isolation. Doch die einzige Restriktion betrifft den Handel von militärischen Gütern und Materialien, die der Gewalt dienen können. Wir verhindern keinen Import von irgendwelchen andern Gütern nach Gaza.

*Ende November entscheidet die UNO darüber, ob Palästina als Beobachterstaat aufgenommen werden soll. Auch Bern wird eine Meinung abgeben.*

**Caspi:** Das Vorgehen der Palästinenser ist falsch. Wir offerieren Gespräche, die Palästinenser aber wollen diesen Weg umgehen und steuern direkt auf die UNO zu. Frieden finden wir nur, wenn wir von Angesicht zu Angesicht miteinander reden. Glauben Sie denn, es würde Frieden einkehren, wenn die internationale Gemeinschaft Palästina zum Beobachterstaat aufwertet? Der Weg über die UNO ist ein Ablenkmanöver, das stört das gegenseitige Vertrauen. Die Palästinenser müssen

den Frieden mit uns direkt aushandeln. Israel ist ja auch bereit dazu, territoriale Opfer zu vollbringen. Es liegen alle Streitpunkte zur Diskussion auf dem Tisch.

*Wieso zieht sich Israel nicht auf die Grenzen von 1967 zurück und überlässt Palästina das Westjordanland, den Gazastreifen und Ost-Jerusalem?*

**Caspi:** Es geht hier nicht um Geben oder Nehmen. Alle Themen für sich sind hochkomplexe Dossiers. Ost-Jerusalem muss separat verhandelt werden, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ist ein eigenes Kapitel, die Sicherheitslinien müssen einzeln ausgearbeitet werden. Das Einzige, was wir tun können, ist miteinander sprechen. Doch wir sind auch skeptisch: Wir haben den Gazastreifen hergegeben – und ernteten Raketen. Wir haben die Sinai-Halbinsel geräumt, und die Lage bleibt fragil. Was heisst das für uns? Überlassen wir Territorium, dann steigert sich der Terror gegen uns?

*Die Sympathien sind klar verteilt: Israel wird als Besetzungsmacht angesehen, die Palästinenser kämpfen ums Überleben.*

**Caspi:** Das Muster «Arme Palästinenser, starke Israeli» ist Schwarz-Weiss-Denken, das ich oft vor allem in der jüngeren Generation beobachte. Geschichte lernt man nicht via SMS und Facebook, man muss in die Bücher eintauchen. Gehen Sie einmal nach Ramallah oder Nablus. Die Strassen sind vollgestopft mit Autos, überall gibt es Einkaufszentren und Läden. So schlecht geht es den Menschen dort nicht. Auf keinen Fall, wenn Sie es mit Regionen in Afrika vergleichen. Nein, es gibt dort keinen hohen Wohlstand, das stimmt, und ja, es gibt die Mauer zwischen Israel und Palästina, und diese Mauer bereitet der Wirtschaft in der Westbank Probleme. Aber wir wollten diese Mauer nicht und haben sehr lange mit dem Bau zugewartet. Doch die Vielzahl an Selbstmordattentaten in Israel hat uns gezwungen, diese Mauer zu errichten.

*Israel könnte einen Beitrag zum Frieden leisten, indem der Siedlungsbau im Westjordanland gestoppt wird.*

**Caspi:** Der aktuelle Siedlungsbau besteht nicht darin, dass neue Siedlungen errichtet werden, es werden höchstens Gebäude angebaut oder ausgebaut. Insbesondere aufgrund des natürlichen Wachstums. Ein Thema ist immer wieder Ost-Jerusalem. Der Westen spricht stets von illegalen Siedlungen, die wir anscheinend in Ost-Jerusalem bauen. Wir aber sehen das anders, denn für uns ist Jerusalem die vereinigte Hauptstadt Israels, die am Wachsen ist. Wir bauen also Häuser und Appartements für jene Menschen, die in Jerusalem leben wollen. Für die Kinder, die da aufgewachsen sind und ihre eigenen Häuser und Wohnungen beziehen möchten. Das hat nichts mit expansiver Siedlungspolitik zu tun. Wir können doch den Menschen, die seit Jahrzehnten in Jerusalem leben, nicht sagen: Schickt eure Kinder nach Haifa oder Tel Aviv, hier hat es keinen Platz mehr für euch. Aber auch die Zukunft Jerusalems wird bei künftigen Friedensverhandlungen zur Debatte stehen.

**«Geschichte lernt man nicht via SMS und Facebook, man muss in die Bücher eintauchen.»**

YIGAL CASPI,  
BOTSCHAFTER ISRAEL

*Die Palästinenser fühlen sich durch die Bauten provoziert.*

**Caspi:** Es ist nicht so, dass wir Verhandlungen blockieren. Wir sind bereit für schmerzhafteste Zugeständnisse. Wir haben Ägypten die Sinai-Halbinsel zurückgegeben. Denken Sie auch an das Jahr 1993 und die Unterzeichnung des Abkommens zwischen Yitzhak Rabin und Jassir Arafat, wodurch den Palästinensern in den besetzten Gebieten weitgehende Autonomie gewährt wurde. Wir verschliessen uns Gesprächen und Lösungen überhaupt nicht. Leider sind die Fortschritte von damals ins Stocken geraten.

*Ist die Lage für Israel im Nahen Osten delikater geworden? In Ägypten regieren die Muslimbrüder zusammen mit den Salafisten. Und in Syrien mi-*

*schen unter den Aufständischen auch radikale Islamisten mit.*

**Caspi:** Die Frage stellt sich, mit wem man lieber Verträge eingeht. Mit Diktaturen oder mit Demokratien? Diktatoren können Friedensverträge unterzeichnen, so wie das bei Mubarak der Fall war. Aber Diktatoren kontrollieren auch Armee und Sicherheitskräfte und sind deshalb unberechenbar. Demokratien sind zu unterstützen, egal, welche Kräfte dort an die Macht kommen. Denn eine demokratisch legitimierte Regierung wird keine Kriege vom Zaun brechen. Die Menschen, denen sie Rechenschaft schuldet, wollen keine Kriege.

*Die Ruhe mit Syrien ist fragil.*

**Caspi:** Wir versuchen uns aus dem Konflikt so gut rauszuhalten, wie es geht. Der Konflikt betrifft uns dann, wenn eine

**«Irgendwann erhält Teheran die Rechnung für sein Handeln.»**

YIGAL CASPI,  
BOTSCHAFTER ISRAEL

Organisation wie die Hisbollah in den Besitz der chemischen Waffen kommt, die im Land vorhanden sind.

*Sollte die UNO intervenieren?*

**Caspi:** Man könnte erwarten, dass sich die UNO mindestens zur Einrichtung einer Flugverbotszone entschliessen kann, damit der syrische Machthaber sein eigenes Volk nicht mehr länger bombardieren kann.

*Israel glaubt, der Iran sei im Besitz der Atomwaffe. Haben Sie Beweise?*

**Caspi:** Ich weiss soviel, wie Sie wissen. Aber was wir beobachten, beunruhigt uns. Zuerst hören wir die deutlichen Äusserungen der iranischen Führer gegen Israel. Der Eifer von Präsident Achmadi-Nedeschad, der auf die Anreicherung von Uran beharrt, stimmt skeptisch. Niemand reichert derartige Mengen Uran nur für zivile Nutzung an. Wir müssen davon ausgehen, dass der Iran die Bombe bauen will. Das ganze Versteckspiel, die Lügen, das Hinhalten, all das weist darauf hin. Und Israel ist das erklärte Ziel des Irans – aber nicht das ausschliessliche.

*Führt Israel einen Präventivschlag aus?*

**Caspi:** Wir sind keine Kriegstreiber und sind uns der Konsequenzen für beide Seiten bewusst. Wir bevorzugen den diplomatischen Weg. Aber wir müssen dem Iran Linien aufzeigen und können nicht unendlich verhandeln. Wenn Iran diese rote Linie überschreitet, sind alle Optionen auf dem Tisch. Irgendwann erhält Teheran die Rechnung für sein Handeln. Diese Botschaft muss klar übermittelt werden. Zu Israel: Israel wird die Atomwaffe nicht als Erstes in den Nahen Osten einführen.

*Israel plagen auch innenpolitische Sorgen: Hunderttausende gingen auf die Strasse, um auf die ökonomischen Missstände hinzuweisen.*

**Caspi:** Die Preise steigen, das macht den Menschen zu schaffen. Zugleich ist auch das Militärbudget am Steigen, die Waffen werden moderner und teurer. Ein F-35-Jet ist teurer als eine F-16. Die Regierung muss sich entscheiden: Investiert man etwa in den Häuserbau für die Israeli oder in die Verteidigung?

*Am 22. Januar stehen die Knessetwahlen an. Werden die sozialen Probleme den Wahlkampf dominieren?*

**Caspi:** Möglicherweise wird eine Wahl erstmals nicht durch das Hauptthema Sicherheit entschieden, sondern durch innenpolitische Fragen, das würde ich mir wünschen. Vielleicht werden die Menschen am 22. Januar nicht die Frage stellen, ob ihr Premier ein guter General war, sondern vielmehr, ob ihr Premier ein guter Pädagoge oder Sozialarbeiter wäre. Die Politik muss Antworten auf die Fragen finden, wie mit den steigenden Lebenshaltungskosten umzugehen ist. Oder etwa auch, wer Militärdienst leisten soll.

HINWEIS

► \* Yigal Caspi (62) ist seit Juli Israels Botschafter in Bern. Zuvor war er als Diplomat unter anderem in Paris, San Francisco und Tokio tätig und arbeitete im israelischen Aussenministerium. ◀